

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 36

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

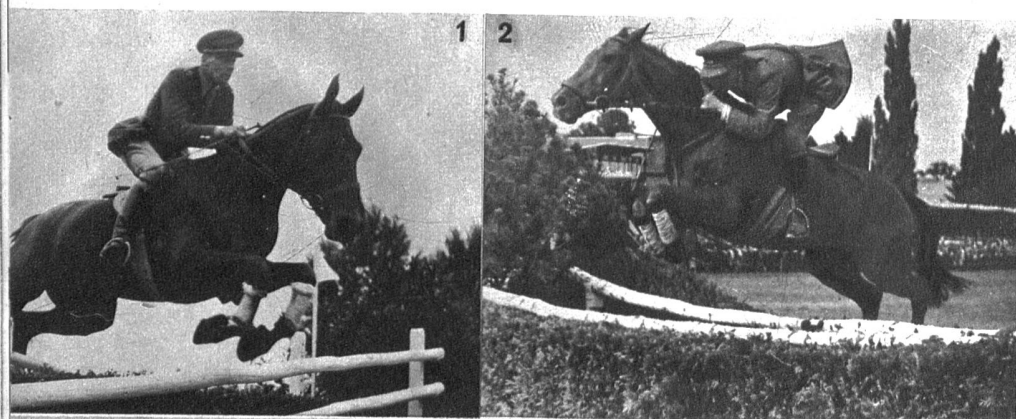
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Links: Am Samstag erfolgte in Anwesenheit von Bundesrat Dr. Philipp Etter und Vertretern der kantonalen und städtischen Genfer Behörden die Vernissage der 21. Nationalen Kunstausstellung im Kunst- und historischen Museum in Genf. In den zahlreichen Räumen des Kunst- und historischen Museums sowie des Museums Rath werden 653 Werke von 366 schweizerischen Künstlern gezeigt. — Unsere Aufnahme: Blick in einen der Ausstellungsräume am Eröffnungstag (Photopress)



1 Sensationeller britischer Doppelsieg in der schweren Springkonkurrenz. Mit Brigadegeneral Scott gewann auf Notar, der höchstgradierte des Turniers, den wertvollsten Sieg. (ATP) 2 Die Haupt-Jagdprüfung ergab mit dem sich bereits in Genf auszeichnenden Cdt. G. van Derton (Belgien) in der scharfen kämpferischen Auseinandersetzung einen besonders populären Sieger, nämlich Little Critic. (ATP) 3 Oberstlt. von der Weid (rechts), der Kommandant des Eidg. Kavallerie-Remonten-Depot, Bern, bespricht mit ausländischen Kavallerie-Offizieren die Preisspringen. (Photopress)

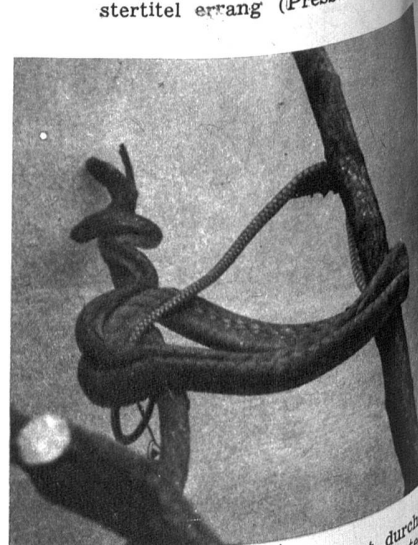
Die Berner Pferdesporttage

Trotzdem das Wetter dieser hervorragenden Berner Veranstaltung in keiner Weise günstig gestimmt war, konnte doch ein voller Erfolg verzeichnet werden. Aus der ganzen Schweiz hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden, um die durch das schlechte Wetter schwer benachteiligten Parcours zu verfolgen. Durch die Teilnahme ausländischer Gäste wurde die Veranstaltung abwechslungsreicher. Trotzdem sich unsere Schweizer durchwegs sehr gut klassierten, gingen doch mehrere erste Preise an ausländische Teilnehmer. Der durch den anhaltenden Regen stark aufgeweichte Boden mochte manchen Reiter veranlasst haben, sein Pferd nicht unnötig grossen Strapazen auszusetzen.

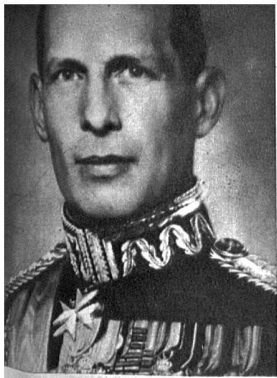


Die Radweltmeisterschaften in Zürich

Nach einem dramatischen Finale konnte der Schweizer Hans Knecht den Weltmeistertitel im Strassenrennen der Berufsfahrer an sich bringen. In der Zeit von 7:24:28 siegte er mit 10 Sekunden Vorsprung vor dem Belgier Kint und ist der zweite Schweizer, welcher unserem Lande bei den Radweltmeisterschaften einen Meistertitel errang (Pressbild)



Der Berner Tierpark Dählhölzli ist durch die Schenkung eines von der Goldküste zurückgekehrten Auslandschweizers in den Besitz einer einzigartigen Schlangensammlung gelangt. Eine Kostbarkeit erster Güte ist darunter die besonders giftige, 1,80 m lange Grüne Mamba, eine der gefährlichsten Schlangen Afrikas (ATP)



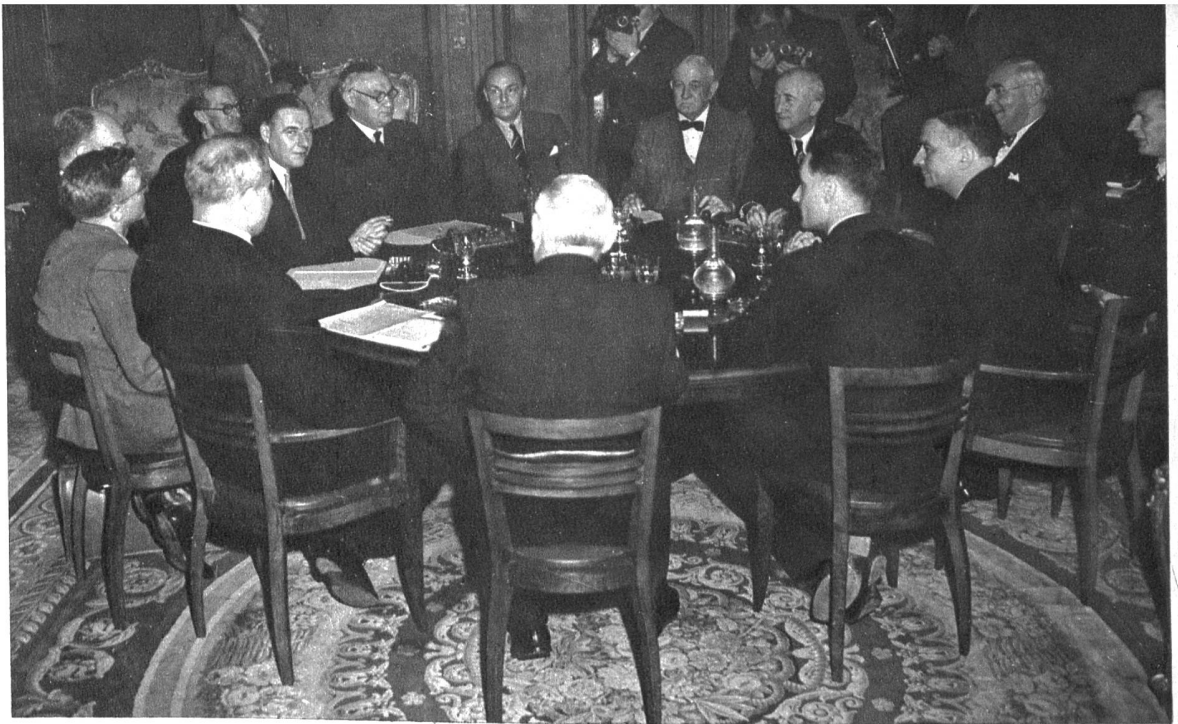
Die Griechen holen ihren König zurück

Das griechische Volk hat durch eine Volksabstimmung seinen Willen bekundet, die Monarchie beizubehalten und die Rückkehr des in London im Exil lebenden Königs Georg II. zu vollziehen (Photopress)



Dr. Bernhard Walthard

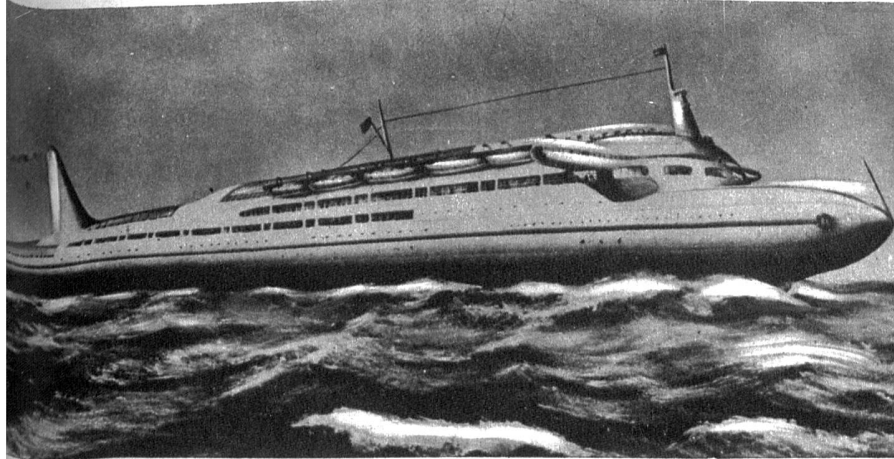
bisher a. o. Professor und Prorektor, wurde vom Regierungsrat zum Ordinarius für allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie und zugleich zum Direktor des pathologischen Instituts der Universität Bern gewählt (Photopress)



Die «Grossen Vier» unter sich

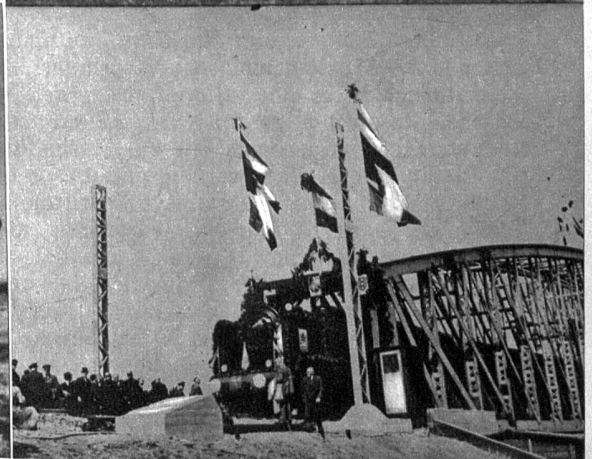
Um Mittel und Wege für eine Beschleunigung der Friedenskonferenz zu finden, traten die «Grossen Vier» im Arbeitszimmer des französischen Ministerpräsidenten zusammen. — Unser Bild: Georges Bidault hatte den Reportern vor der Sitzungseröffnung drei Minuten für ihre Arbeit eingeräumt. Auf der Aufnahme erkennt man Bevin, mit seinem ersten Mitarbeiter Mac Neil zur Linken, anschliessend die Mitglieder der amerikanischen Delegation mit James F. Byrnes und den beiden Senatoren Conally zu seiner Linken und Vandenberg zur Rechten, Georges Bidault, und die russische Delegation mit Wischinsky (Rücken zur Kamera), Molotow (Photopress)

Rechts: Ohne den eigentlichen Entscheid der Pariser Friedenskonferenz abzuwarten, haben die Franzosen bereits vor einigen Wochen damit begonnen, im Mont Cenis-Gebiet die Grenzsteine zu versetzen (Photopress)



Das Ozean-Schiff von morgen

Der Düsen-Wellenleiter ist noch nicht geschaffen. Aber so abwegig ist es nicht, dass in Zukunft, in recht naher sogar, der Dampfer dem Düsen-schiff Platz machen muss. Das vorliegende Projekt, das schon innerhalb der nächsten zehn Jahre ausgeführt werden soll, ist von der Nationalen Vereinigung der amerikanischen Schiffahrt ausgearbeitet worden. Es handelt sich um einen Aluminium-Palast in Stromlinienform, der zwischen 70 und 80 Knoten zurücklegen soll und mit automatischer Steuerung versehen ist. Die rapide Entwicklung von Pro-Raketen- und Düsenantrieb lässt den Düsen-Wellenleiter als durchaus möglich erscheinen (ATP)



Hollands grösste Eisenbahnbrücke, die Moerdijk-Brücke, ist wieder eröffnet worden. Sechs der vierzehn Pfeiler hatten die Deutschen vor ihrem Abzug gesprengt. Unser Bild zeigt den festlich geschmückten Zug, in welchem auch Prinz Bernhard Platz genommen hatte, beim Passieren der wiederinstandgestellten, für den Verkehr mit Belgien und Frankreich so bedeutungsvollen Brücke

(ATP)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bedrohliches Symptom

-an- Die Idee des «Korporationenstaates», die angeblich mit allen andern Varianten des Fascismus in der Versenkung verschwunden sein soll, beruht bekanntlich in der Zusammenfassung der Arbeitgeber und Arbeiter einer Branche zu einer einzigen Organisation, eben der «Korporation». Zweck: Sie sollen sich nicht mehr bekriegen, sondern «solidarisch marschieren». Keine Streiks, keine Aussperrungen mehr usw. usw. Praktisch wirkte sie so, dass die Löhne der Arbeiter «unter allen Hund» sanken und nichts mehr galt als das Diktat der Korporation, die die Interessen des Besitzes allem andern voranstellte.

Warum erinnern wir hier an diese Tatsachen? Weil sich bei uns, wo wir doch keinen Korporationenstaat haben, und wo auf der Linken doch der Gedanke gilt, die Arbeiterschaft müsse sich dauernd und immer wiederholt den «gerechten Lohn» von den Arbeitgebern erkämpfen, so etwas wie eine stillschweigende Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Arbeiterschaft (also «Unternehmern» und «Arbeitnehmern») herausbildet. Nicht etwa grundsätzlich wie damals in Italien, sondern in einer sozusagen zufälligen Angelegenheit. Wir meinen *das einhellige Zusammengehen beider in der Bekämpfung neuer Forderungen der Landwirtschaft*. Verstehen kann man natürlich dieses Zusammengehen. Die Arbeiter sind Mitgeniesser der gewaltig anziehenden Konjunktur. Wer irgendwie auch nur andeutungsweise versucht, die da und dort bezahlten, einmal wirklich «gewichtigen» Löhne anzugreifen, ist «der Feind». Und nennt man die Löhne im gleichen Atemzug wie gewisse ungesunde Aufblähungen in der Industrie, dann kommt natürlich das Feuer ins Dach. Trotzdem: Es entspricht in keiner Weise jener politischen Richtung auf der Linken, die auf ein ähnliches Bündnis zwischen «Bauer und Arbeiter» hintendiert, wie in Schweden, wenn man unbesehen die «lebensverteuernden» Forderungen der Landwirtschaft verwirft und darin den Ton angibt... fast noch heftiger als die Export-Industriellen.

Wir kommen in der «Berner Woche» auf dieses schon einmal gestreifte Thema zurück, weil wir die merkwürdige *Reaktion links auf die Resolution der Delegiertenversammlung der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* konstatieren müssen, eine Reaktion, die nicht mehr an die Zeiten der «Arbeitsgemeinschaft» erinnert.

Natürlich ist es eine «*Kampfansage der Bauern*», wenn in jener Resolution gesagt wird, «die Partei werde alle Bestrebungen unterstützen, die zur Herbeiführung gerechter Zustände ergriffen werden müssten». Und natürlich ist es richtig, dass «Zwangsvorschriften auf der einen Seite», das heisst in der Landwirtschaft, und Gewährlassen auf der andern, das heisst kontrolllose Ausnützung der Konjunktur auf der Industrieseite, ungerecht sind. Und wer an den Sinn der Planmässigkeit glaubt, muss wünschen, dass in den «sieben fetten Jahren» gesorgt werde für die möglichen magern nachher. Dass beispielsweise eine Ausgleichskasse nützlich wäre, in welche die Uhrenindustrie «steuern» sollte, damit man spätern wirtschaftlichen Rückschlägen begegne, davon haben wir an dieser Stelle auch schon geschrieben. Daraus eine Kasse zu machen zur Stützung der Landwirtschaft, ist aber mindestens — ungenau.

Ganz abgesehen von allen theoretischen Ueberlegungen, die man von der Idee der «Planwirtschaft» aus anstellen kann, sind im Moment *auch sehr praktische Erwägungen am Platze*. Der Nationalrat hat in der ersten Lesung der

Aiters- und Hinterlassenenversicherung zugestimmt. Die Vorlage ist ein nach allen Richtungen ausgewogenes Kompromisswerk, an welchem die Arbeiterführer das Hauptverdienst haben. «Die Kunst des Möglichen» war ihre Devise, und wie sie allen Verlockungen widerstanden haben, dieses «Mögliche» zu gefährden durch irgendwelche überspannten Forderungen, stellt in manchen Punkten eine Leistung von direkt heroischer Selbstbescheidung dar. Nun, die Vorlage wird die Volksabstimmung passieren müssen. Feinde gibt es — wir werden noch staunen, wie viele! Bundesrat von Steiger hat am kirchlich-protestantischen Volkstag in Glarus die Hoffnung ausgesprochen, dass Volk und Stände mit grossem Mehr die Versicherung annehmen werden. Nun wird es sehr darauf ankommen, in welche politische Gesamtlage hinein die Abstimmung fällt. Sie sollte nicht belastet werden mit einem «Kampf zwischen Bauern und Konsumenten». Ein solcher aber ist in Sicht, wenn es weiter wie bisher ertönt. Ein völlig unsinniger Kampf wird es sein. Man kann es mit Handschuhen greifen, dass die Entvölkerung der Bauernbetriebe durch die «Lohn-Magneten» in der Industrie, in Verbindung mit allerlei Verteuerungen, die Produktionskosten der Landwirtschaft steigern und immer mehr steigern. Sich weigern, dies zu sehen, steht in direktem Widerspruch zur ganzen Politik, die man so vorsichtig in der Ausarbeitung der Versicherungsvorlage walten liess. «Alle für alle» war die Devise. Man kann sie nicht verleugnen, wenn die Bauern auf die bei ihnen einreissenden Uebel- und Notstände hinweisen. Längst sind Drohungen gefallen, die Versicherungsvorlage entgelten zu lassen, was man der Landwirtschaft antue: Verschleppung der Wirtschaftsartikel oder gar Weigerung, den Schutz der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit gesetzlich zu verankern...

Molotow fliegt nach Moskau

Unter allen Meldungen der letzten Woche, die so verwirrend und jegliches Interesse ermüdend durch die Welt schwirrten, vermochte eine die allgemeine Aufmerksamkeit zu wecken: Die Nachricht, dass der russische Aussenminister Molotow unerwartet nach Moskau geflogen sei. Ratselraten erhob sich. Deutungen wurden herumgehoben. Einzelheiten über die Art und Weise, wie die Abreise erfolgte, wurden bekannt. Am Abend noch mit den englischen Kollegen in der Oper, am Morgen einfach abgeflogen — so hiess es. Mr. Bidault teilte es der Konferenz mit, ohne Kommentar natürlich. Oder wenigstens wurde von einem solchen nichts bekannt. Herr Molotow hat also Herrn Bidault lediglich wissen lassen, dass er «schnell nach Moskau fliege» — als ob das so einfach wäre wie die Abmeldung zu einer kleinen Teevisite und die Bitte, man möge ihn bis zu seiner Wiederkehr entschuldigen. Es stand nicht fest, ob nun die Konferenz der Aussenminister, die von den «Grossen Vier» eingeschaltet worden war, um den unstümischen Beratungen und den unerwarteten «Unbarmhäertlichkeiten» der siebzehn Verbündeten einen einheitlichen Willen entgegenzusehen, nun weiter dauern oder unterbrochen werde. Die Amerikaner sagten, Molotows Stellvertreter Wischinsky oder Fedor Gusew, könnten den Chef ja wohl vertreten...

Warum ist Molotow heimgefliegen? Die allerextremsten Auslegungen waren zu hören. Eine sehr vernünftige lautete: Molotow will Stalin treffen und mit ihm über das weitere Verhalten an der Aussenministerkonferenz beraten. Diese Konferenz ist sehr wichtig. Die «Vier Grossen» sind

unter sich einig geworden, an den Abstimmungen die «Anarchie» der Kleinen zu bändigen und das durchzudrücken, was man an provisorischen Beschlüssen geschafften hatte. Sie wollen nicht, dass sozusagen jeder bisher bereinigte Punkt wieder erwogen und umgestossen werde. Schliesslich sind sie es, die den Verträgen die Schlussfassung geben müssen. Die Siebzehn sollen nur beraten und empfehlen. Molotow braucht also eine Pause, um mit Stalin wichtige Punkte, die von den Aussenministern geheim erörtert wurden, zu diskutieren.

Ähnlich tönt die Version, wonach Molotow etwas sehr Wichtiges zu besprechen habe, das jedoch nicht an der Pariser Konferenz, sondern in der «UNO»-Versammlung zur Debatte stehen werde: *Die Schaffung einer internationalen Polizei*. Wieder in ähnlichem Sinne wird berichtet, die «Grossen Vier» wollten *zwischenhinein das deutsche Problem* behandeln, damit nicht die Friedensverträge geschaffen würden, ohne dass man ihre Konsequenzen auf die deutsche Frage studieren konnte. In diesem Sinne redete man von einer positiven Bedeutung der «russischen Ueberaschung», die Herr Molotow inszenierte.

Ganz gegenteilig aber klangen die Unkenrufe, die behaupteten, Molotow sei in Ungnade geraten, weil er in den Abstimmungsfragen die russischen Forderungen nicht durchzudrücken vermochte. Noch pessimistischer sind die Hinweise zu werten, dass Moskau überhaupt daran sei, seinen aussenpolitischen Kurs zu ändern. *Litwinow*, der alte Freund des Ausgleichs mit dem Westen, ist ja verabschiedet. Molotow, den man als seinen Antipoden betrachtete, gelte auf einmal als noch viel zu weich. Man werde ihm einen Nachfolger geben, der mit ganz anderer Härte auftreten und die Methode des plötzlichen elastischen Nachgebens nicht kennen werde. Man konnte schon gespannt sein, welche Antwort das Rätselraten bei Molotows Rückkehr — oder am Ende Nichtrückkehr — finden werde. Ein ebenfalls genannter Grund des Fluges nach Moskau war das

Ergebnis der griechischen Volksabstimmung.

Die Monarchisten haben mit einem sehr erheblichen Mehr gesiegt. In Athen stimmten 70% der Wähler für die Wiederherstellung des Königtums, in der Provinz 85%. Immerhin haben sich 40% der Stimme enthalten. Das heisst, dass man, ein Mittel von 80% für das Königtum angenommen, sagen kann, vier Fünftel der 60% Stimmen seien «königlich». Vier Fünftel von 60 sind aber nur 48%. Die Republikaner stützen sich auf diese Zahl. Ihre Führer nennen das Ganze einen glatten Betrug. Eingeschüchtert, bearbeitet mit allen Mitteln eines sanfteren oder härteren Terrors, wären die Wähler, die nicht dem König stimmen wollten, massenhaft zu Hause geblieben.

Wie die Dinge eigentlich liegen, kann der Aussenstehende natürlich nicht sagen. England, das mit seinen Bajonetten für einen ruhigen Wahltag sorgte, möchte in seinem nationalen Interesse gern glauben, dass der Terror minimal gewesen, und dass wirklich ausser dem Republikaner Kreta, wo der König nur 35 Prozent der Stimmen machte, und den Arbeitervierteln von Athen das Land ehrlich auf die Rückkehr der Monarchie hoffe. In diesem Zusammenhang muss an die *notorisch hohe monarchistische Stimmenzahl im Norden* hingewiesen werden, obgleich man mutete. Das weist nun auf aussenpolitische Zusammenhänge hin, und damit langt man wieder bei den Russen und zugleich bei den Bulgaren an, deren Existenz in die Abstimmung hineingefunkt hat.

Bulgarien verlangt von der Friedenskonferenz West-Thrazien und den Hafen von Dede-Agatsch. Sein Sprecher in Paris hat sich dazu verstiegen, diese Gebiete als bulgarisch zu bezeichnen, obgleich man wissen müsste, dass sie im-

mer griechisch waren und es noch mehr wurden, seit sich hier die Flüchtlinge aus der «entgriechten» Türkei massenhaft ansiedelten. (Es wurden ja nach 1919 ausser aus Kleinasien auch alle Griechen zwischen Stambul und der Mariza, wo sie die Mehrheit bildeten, vertrieben, eine ganze griechische Provinz total türkisiert!) Nun, dieses bulgarische Begehren nach West-Thrazien verschaffte der Monarchie im ganzen griechischen Norden ebenso einen Vorsprung, wie die Epirusfrage in Westgriechenland alles für den König auf die Beine brachte. Man setze einfach «monarchistisch» gleich mit «national».

Dazu kam nun noch, dass der russische Block durch den Ukrainer Manuiski vor der UNO Griechenland als fascesistisches Nest verklagen liess. Und: *Dass der russische Gesandte aus Athen abreist*. Alles Momente, die zweifellos wie eine Psychose wirken mussten. Der Russe, der Bulgare, der Kommunist, der Sozialist, der Republikaner — alles verschmolz sich in den bewussten und unbewussten Gefühlen zur einheitlichen «Feindgestalt». Nun liegt das Resultat des Kampfes vor, König Georg schickt sich, wie schon früher einmal, zur Rückkehr an, und für Russland ergibt sich die Inthronisation eines Monarchen, der in der Vergangenheit die *halbfascistische Diktatur Metaxas* verschuldete. Das könnte wirklich die Ursache dafür sein, dass Molotow nach Moskau, an die Sitzung des «Politbüros», geflogen.

Auch die Frage von Triest

erfordert möglicherweise von den Russen eine letzte und vielleicht revidierte Stellungnahme. Sie rückte anfangs dieser Woche an der Konferenz in Paris in den Vordergrund. Die bestellte Kommission hörte sich den *Vortrag des Italieners Bonomi an*, der namentlich für die Vertreter der Westmächte das Gewicht eines echten Antifascisten hat und gewissermassen zu den «alten Freunden und Verbündeten» gezählt wird. Er verlangt die «Wilsonlinie» als Grenze, oder dann die ursprünglich von Amerika und England angenommene Linie, auf jeden Fall den grössten Teil der «Venezia Giulia», wie Rom die weithin von Slowenen oder Kroaten in Istrien bevölkerten Gebiete benannt hat. Sollte das aber nicht möglich sein, müssten die italienischen Striche Istriens und die Vororte von Görz entweder zu Italien oder zum «Freistaat Triest» kommen, und überdies müsste man den vielen Italienern im jugoslawisch werden Gebiete ermöglichen, sich im Freistaat niederzulassen. Eine kleine Völkerwanderung also! Nach Bonomi werden auch die Jugoslawen sprechen, und es wird ganz gegenteilig tönen: Triest gehört natürlicherweise zu Jugoslawien.

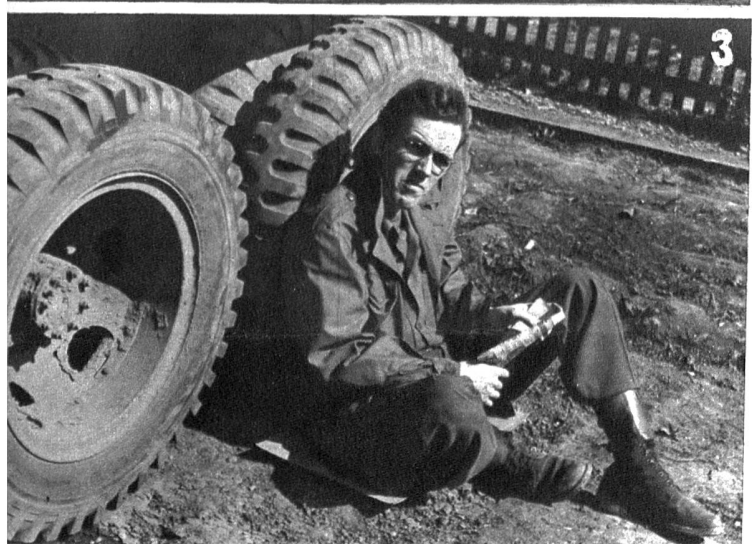
Dieses Ziel sucht Belgrad übrigens dadurch zu erreichen, dass es der Konferenz ein eigenes *Statut für den Freistaat* empfiehlt, ein Statut, das sozusagen die slawische Herrschaft festlegen und die Italiener als «Fascesisten» ausschliessen würde. Auf Umwegen also. Die Konferenz wird übrigens die Wahl zwischen fünf Statutentwürfen haben, denn Russen, Amerikaner, Engländer und Franzosen haben fleissig an eigenen Projekten gearbeitet.

Es besteht einiger Grund zur Annahme, dass Russland der Welt in der Frage von Triest eine Ueberraschung bereiten könnte. Und zwar in dem Sinne, dass es Triest preisgeben, dafür aber Dedeagatsch einhandeln möchte — Dedeagatsch umklammert gewissermassen die Dardanellen. Man kann es auch umkehren: Preisgabe des «bulgarischen Dedeagatsch» gegen das «jugoslawische Triest» — das für England gefährlichere gegen das ungefährlichere Objekt! In Hinterhut hält Moskau übrigens den Eintritt Bulgariens in die «jugoslawische Konföderation», die somit entweder in der Adria oder in der Aegäis ihr Fenster will.

Bierquelle

(Casino)

1 Diese ca. 300 Meter lange Autobahnbrücke zwischen Frankfurt und Bad Nauheim auf der Strecke Frankfurt—Kassel wird nun soweit repariert, so sie wenigstens wieder eingleisig befahren werden kann. 2 Noch immer sind vielerorts grössere Umleitungen notwendig, da Brücken noch in Reparatur stehen. Diese Absperrungen und Umleitungen sind sehr gut markiert und auch nachts gut sichtbar gemacht. 3 Er hat seinen Sechstonnenlastwagen von der Autobahn weggefahren und wartet nun, bis der Reparatur-Wagen erscheint, um seinen Motor wieder in Ordnung zu bringen. 4 Das amerikanische Rote Kreuz unterhält an der Autobahn zwischen Frankfurt und München nicht weniger als 5 solcher «Java-Junctions»-Erfrischungsbaracken, in denen jeder Uniformierte soviel Kaffee trinken und Kuchen essen kann, als er nur will. Natürlich gratis. Das Bild zeigt die «Java-Junction» 30 Kilometer südlich Frankfurt



Deutschlands Autobahnen

heute



Schier endlose Kolonnen von Jeeps mit Anhängern und Lastwagen bilden den Konvoy, der wie dieser hier, von München nach Berlin unterwegs ist. Alle 2 Stunden wird eine Rast eingeschaltet

Unten: Neben den fliegenden Strassenkontrollen, die durch die Militärpolizei durchgeführt werden, liegen auch die festen Kontrollposten, die oftmals amerikanische und deutsche Polizei aufweisen

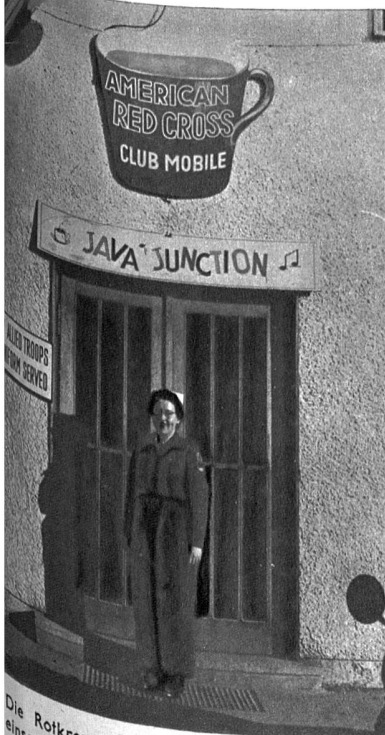


Das Band der Autobahn zwischen München und Stuttgart

Die Franzosen, welche in den deutsch besetzten Gebieten Auto fahren müssen, haben sich schon oft geärgert, dass sie in ihrer Zone auch nicht einen Meter Autobahn besitzen — in der Tat kommt die französische Zone bis knapp an Karlsruhe, Stuttgart und Ulm heran — und überall dort führt die doppelspurige Beton-Autostrasse vorbei, auf der die amerikanischen Jeeps, $\frac{3}{4}$ -Tonnen-Jeeps, die GMCs und all die vielen Lastwagentypen, die die Besatzungsarmee fährt, dahinsausen, resp. fahren, denn auch auf der Autobahn ist die amerikanische Militärpolizei aktiv und die Höchstgeschwindigkeiten sind mit 50 km für Lastwagen und mit 80 für Personewagen und Jeeps angegeben, Geschwindigkeiten, die rein illusorisch sind, denn die Autobahn lockt und reizt zum Uebertreten dieser Grenzen — und damit steigt auch die Unfallgefahr.

«Hitler hat sich bestimmt nie träumen lassen, dass er uns so schöne Strassen schenken würde», sagte ein Amerikaner, und ein anderer meinte: «Mag man über Hitler sagen, was man will — er hat uns wenigstens herrliche Autostrassen hinterlassen!» Diese Strassen haben in dem Jahre, über welches die Besetzung nun andauert, schon viele Nachkriegsopfer gefordert. Das liegt nicht an den Strassen, die durch den Krieg verhältnismässig wenig gelitten haben und wo auch nicht alle Brücken zerstört sind, sondern an den übersetzten Geschwindigkeiten. Reifen platzen, Wagen geraten ins Schleudern, rutschen von der Strasse und überschlagen sich. Lastwagenführer schlafen aus Uebermüdung ein — und Lastwagen fahren neben Brücken vorbei die Böschungen hinunter.

Meilenlange Konvoys befahren diese Super-Landstrassen, von denen einst der deutsche Arbeitsdienst Tausende von Kilometern erstellte. Truppenabteilungen werden von München nach Kassel verschoben, von Frankfurt nach Berlin, von Karlsruhe nach Salzburg — und die Transporte rollen Tag und Nacht über die endlos erscheinenden Autobahnen, die über Berg und Tal führen und in weiten, überhöhten Kursen Bergnasen umfahren. Prächtige Anlagen überqueren die Gebirge, während die Autobahnen der Ebenen zum Langweiligsten der Erde gehören und nur etwas Gutes an sich haben, nämlich, dass man diese langweiligen Gegenden dank der Autobahn schneller hinter sich bringen kann. J. H. M.



Ein gut ausgebauter Abschlepp- und Reparaturdienst gehört zur Autobahn

Die Rotkreuzmädchen, welche die oft sehr einsam gelegenen Rasthäuser an den Autostrassen bedienen, halten sich zum persönlichen Schutze meistens Schäferhunde